

STEFANIE HELLMICH

Kreditsicherungsrechte  
in der spanischen  
Mehrrechtsordnung

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

84

---

**Mohr Siebeck**

# Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

84

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz





Stefanie Hellmich

# Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung

insbesondere in Katalonien und Navarra

Mohr Siebeck

*Stefanie Hellmich*, geboren 1970; 1989–94 Studium der Rechtswissenschaft in Bielefeld; 1994–95 Studiengang Europarecht in Madrid; seit 1998 Rechtsanwältin.

*Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme*

*Hellmich, Stefanie:*

Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung :  
insbesondere in Katalonien und Navarra / Stefanie Hellmich. –  
Tübingen : Mohr Siebeck, 2000

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht ; 84)

ISBN 3-16-147491-0

978-3-16-158408-4 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2000 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

ISSN 0720-1141

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2000 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Ende 1999 berücksichtigt.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Haimo Schack für die Unterstützung während meines Studiums und die Betreuung dieser Arbeit. Er hat mich stets ermutigt und gefördert. Sein Engagement bei der wissenschaftlichen Arbeit war und ist mir ein Vorbild.

Den Herren Prof. Luis Arechederra, Prof. Fernando Pantaleón und Prof. Luis Fernández de la Gándara bin ich zum Dank verpflichtet für Ihre Unterstützung bei der Arbeit im spanischen Recht und für ihre Diskussionsbereitschaft. Bei Herrn Dr. Stefan Kraus bedanke ich mich dafür, dass er es mir ermöglicht hat, die Arbeit im Rahmen meiner Tätigkeit bei Andersen Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH und J & A Garrigues, Andersen y Cía, S.R.C., Madrid, fertigzustellen. Für die kritische Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Anregungen danke ich Frau Beatrix Ellermann, Frau Dr. Johanna Hey und Herrn Dr. Helmut Darmstadt. Herrn Prof. Dr. Graue danke ich für die Übernahme der Zweitkorrektur.

Ich widme diese Arbeit meinen Eltern, die mich in jeder Hinsicht unterstützt haben.

Frankfurt, im September 2000



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII

## Einleitung

Harmonisierung im Realkreditsicherungsrecht .....	1
---	---

## Kapitel 1

Partikularismus im Zivilrecht .....	5
-------------------------------------	---

I. Historische Bedingtheit des rechtlichen Partikularismus .....	5
II. Stellung der Autonomen Gemeinschaften in der Verfassung von 1978 .....	9
III. Zuständigkeit der Autonomen Gemeinschaften im Bereich der foralen oder speziellen Zivilrechte .....	11
1. Autonome Gemeinschaften mit existierenden Zivilrechten .....	12
2. Inhaltliche Vorgaben des Art. 149.1 Nr. 8 CE .....	15
a) Restriktives Verständnis des Begriffs ‚Entwicklung‘ .....	16
b) Autonomistisches Verständnis des Begriffs ‚Entwicklung‘ .....	17
c) Vermittelnde Interpretationsansätze .....	18
3. Zuständigkeitsvorbehalte zugunsten des Staates .....	20
a) Bestimmungen über die Anwendung und Wirksamkeit von Rechtsnormen .....	21
b) Bestimmung der Rechtsquellen .....	21
c) Kollisionsnormen .....	23
d) Grundlagen der vertraglichen Verpflichtungen .....	25
4. Staatliche Zuständigkeit für das Handelsrecht (Art. 149.1 Nr. 6 CE) .....	30
5. Art. 149 Abs. 3 CE .....	30
6. Die Erste Zusatzbestimmung der Verfassung und die Forale Gemeinschaft Navarra .....	31
IV. Tribunales Superiores de Justicia .....	33

## Kapitel 2

### Grundlagen des Sachenrechts

in der spanischen Mehrrechtsordnung .....	37
---	----

I. Überblick über das partikulare Zivilrecht .....	37
II. Anwendbarkeit des partikularen Zivilrechts .....	38
1. Anknüpfungen des interregionalen Rechts nach dem Código civil .....	39
2. Partikularrechtliche Besonderheiten .....	41
3. Der Código civil als Ergänzungsrecht .....	42
a) Regelung in Katalonien .....	42
b) Regelung in Navarra .....	43
III. Erwerb dinglicher Rechte .....	45
1. Kausalprinzip und Funktion der causa .....	45
a) Funktion der causa .....	45



b) Kausalprinzip .....	47
c) Rückabwicklung .....	48
2. Besonderheiten in Navarra .....	49
IV. Register und Registrierung .....	50
1. Mobil- und Immobilienregister .....	50
2. Bedeutung der Registrierung .....	50
3. Generaldirektion für Register und Notariat (DGRN) .....	53
V. Erwerb vom Nichtberechtigten und Ersitzung .....	54
1. Erwerb vom Nichtberechtigten im Grundstücksrecht .....	54
a) Art. 34 LH .....	54
b) Ersitzung .....	55
2. Erwerb vom Nichtberechtigten im Handelsrecht (Art. 85 Ccom) .....	56
3. Erwerb vom Nichtberechtigten im Zivilrecht .....	56
a) Regelung nach dem Código civil .....	56
b) Regelung in Navarra .....	59
c) Regelung in Katalonien .....	60
4. Bedeutung des Erwerbs vom Nichtberechtigten .....	61
VI. Dingliche Erwerbsvorrechte .....	62
1. Dingliche Erwerbsvorrechte im gesamtspanischen Recht .....	62
a) Funktionsweise des Rückkaufsrechts .....	63
b) Funktionsweise des Vorkaufsrechts .....	65
c) Funktionsweise der vertraglichen Erwerbsvorrechte .....	66
2. Dingliche Erwerbsvorrechte in Navarra .....	67
a) Überblick über die gesetzlichen Erwerbsvorrechte .....	67
b) Option, vertragliches Vorkaufs- und Rückkaufsrecht .....	69
c) Rangfolge der Erwerbsvorrechte .....	70
3. Erwerbsvorrechte in Katalonien .....	71
VII. Kreditsicherheiten in der Insolvenz und in der Zwangsvollstreckung .....	72
1. Insolvenzrechtliche Grundlagen .....	72
2. Zwangsvollstreckungsrechtliche Grundlagen .....	74
a) Verfahren nach der Zivilprozessordnung .....	74
b) Verfahren nach dem Hypothekengesetz und dem Gesetz über die Mobilhypothek und das besitzlose Pfandrecht .....	75

### Kapitel 3

#### Kreditsicherungsrechte

#### in der gesamtspanischen Rechtsordnung .....

I. Klassische Kreditsicherungsrechte .....	78
1. Besitzpfandrecht .....	78
2. Immobilienhypothek .....	79
3. Mobilhypothek und besitzloses Pfandrecht .....	80
II. Sicherungsübertragung .....	82
1. Erscheinungsformen der Sicherungsgeschäfte .....	84
2. Sicherungstreuhand .....	85
a) Auffassung der Lehre zur Zulässigkeit der Sicherungstreuhand .....	85
b) Rechtsprechung des Tribunal Supremo zur Rechtsnatur der Sicherungstreuhand .....	87
c) Rechtsgrund der Sicherungsgeschäfte .....	91
d) Behandlung in Insolvenz und Zwangsvollstreckung .....	93

3. Verkauf mit Wiederkaufsrecht (pacto de retroventa) .....	95
a) Erscheinungsformen .....	95
b) Funktionsweise .....	96
c) Behandlung des Verkaufs mit Wiederkaufsrecht in der Insolvenz und Zwangsvollstreckung .....	98
d) Verkauf mit Wiederkaufsrecht als Sicherungsgeschäft .....	99
e) Abgrenzung des Verkaufs mit Wiederkaufsrecht von der Sicherungstreuhand .....	100
4. Verbot der Verfallsklausel (prohibición del pacto comisorio) .....	102
5. Verwertungsverfahren .....	104
6. Haltung der Dirección General de los Registros y del Notariado (DGRN) .....	107
7. Forderungsverpfändung und Sicherungsabtretung .....	110
a) Gesetzlich geregelte Pfandrechte an Rechten .....	110
b) Verpfändung von Forderungen und Rechten .....	111
c) Abgrenzung der Forderungsverpfändung von der Sicherungsabtretung .....	112
d) Behandlung in der Insolvenz .....	116

### Kapitel 4

#### Schutz gegen Wucher und Übersicherung .....

I. Wucherschutzgesetzgebung .....	117
II. Das Institut der rescisión por lesión .....	120
1. Anwendungsbereich der rescisión im gesamtspanischen Recht .....	121
2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	123
a) Handelskäufe .....	123
b) Unentgeltliche Verträge .....	124
c) Verträge mit Risikocharakter .....	124
3. Rechtsfolgen .....	125
III. Kontrolle missbräuchlicher Vertragsbestimmungen .....	126

### Kapitel 5

#### Kreditsicherungsrechte

#### in der Rechtsordnung Navarras .....

I. Regelung des Pfandrechts in Navarra .....	129
II. Sicherungstreuhand (fiducia) .....	130
1. Inhalt .....	130
2. Stellung des Sicherungsnehmers .....	131
3. Zulässigkeit der Verfallsklausel .....	133
III. Dinglich wirkendes Wiederkaufsrecht (venta con pacto de retro en garantía) .....	134
1. Anwendungsbereich .....	134
2. Stellung des Sicherungsgebers .....	135
3. Ausübung des Wiederkaufsrechts .....	136
4. Zulässigkeit der Verfallsklausel .....	137
5. Dauer der Wiederkaufsvereinbarung .....	138
IV. Besicherung von Rechten .....	138
V. Regelung der rescisión por lesión in Navarra .....	139
1. Anwendungsbereich der rescisión por lesión .....	139
2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	141
a) Gewerbsmäßiger Handel und Sachverständigentätigkeit .....	141
b) Schenkungen und Verträge mit Risikocharakter .....	141

c) Öffentliche Versteigerung .....	141
d) Vereinbarung eines Wiederkaufsrechts .....	142
3. Verzicht .....	143
4. Rechtsfolgen .....	143

## Kapitel 6

### Kreditsicherungsrechte in der Rechtsordnung Kataloniens .....

I. Katalanisches Wiederkaufsrecht (empenyorament) .....	145
1. Anwendungsbereich .....	146
2. Verfügungsschutz .....	147
3. Zulässige Dauer .....	148
II. Katalanisches Gesetz über Besitzsicherheiten an beweglichen Sachen .....	148
1. Anwendungsbereich des Pfandrechts .....	149
2. Verwertungsmöglichkeiten .....	151
III. Regelung der rescisión por lesión in Katalonien .....	152
1. Anwendungsbereich .....	152
2. Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	154
a) Handelsgeschäfte .....	154
b) Schenkung .....	155
c) Verträge mit Risikocharakter .....	155
d) Öffentliche Versteigerung .....	155
e) Vereinbarung eines Wiederkaufsrechts .....	155
3. Verzicht .....	156
4. Rechtsfolgen .....	156

## Kapitel 7

### Der Eigentumsvorbehalt (reserva de dominio) .....

I. Rechtslage nach gesamtspanischem Recht .....	158
1. Rechtsnatur des Eigentumsvorbehalts .....	160
2. Wirksamkeit des Abzahlungskaufvertrags .....	161
3. Registrierung der Kaufverträge .....	163
4. Rechtsfolgen bei Zahlungsverzug .....	166
5. Behandlung in der Insolvenz und Zwangsvollstreckung .....	168
6. Besonderes Rücktrittsrecht .....	170
II. Grundstückskauf unter auflösender Bedingung (pacto resolutorio) .....	170
III. Eigentumsvorbehaltsvereinbarungen nach dem Recht von Navarra .....	172
1. Eigentumsvorbehaltskauf .....	172
2. Rücktrittsrecht beim Abzahlungskauf .....	174

## Kapitel 8

### Der Leasingvertrag (contrato de leasing) .....

I. Mobilienleasing .....	176
II. Sicherungsumfang .....	178
III. Immobilienleasing .....	179
IV. Behandlung in der Insolvenz und Zwangsvollstreckung .....	180

Kapitel 9	
Zusammenfassender Überblick	
über die in der spanischen Rechtsordnung	
existierenden Sicherungsrechte .....	180

Kapitel 10	
Entwicklungstendenzen im Recht der Realkreditsicherheiten	
und im Kapitalmarktrecht	
in der spanischen Mehrrechtsordnung .....	183
I. Verselbständigung der Kreditsicherheiten .....	183
1. Kausalprinzip und Akzessorietätsprinzip .....	183
2. Verbot der Verfallsklausel .....	187
a) Reichweite des Verbotstatbestands .....	187
b) Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Verbotstatbestands .....	188
c) Schutz der Verfahrensgarantien .....	190
3. Schutz vor Übersicherung .....	191
II. Relativierung der Eigentumsposition .....	194
1. Bedingte Berechtigungen beim Geld- und Warenkredit .....	194
2. Verdinglichungstendenzen bei der Treuhand .....	195
3. Folgen für den Rechtsverkehr .....	197
III. Aufspaltung der Eigentümer- und Nutzungsbefugnisse bei den	
Rentenrechten .....	198
IV. Relativität der Eigentumspositionen bei modernen	
Kapitalmarktinstrumenten .....	199
V. Bestimmtheitsgrundsatz .....	204

Kapitel 11	
Die spanische Mehrrechtsordnung	
und der europäische Harmonisierungsprozess .....	206
I. Materiellrechtliche Harmonisierung .....	206
II. Zuständigkeit der EU .....	208
III. Vorgaben für den europäischen Harmonisierungsprozess .....	210
1. Vergleichbarkeit der Mehrrechtsordnungen .....	210
2. Koordinierungsmechanismen .....	211
a) Unterschiedliche Regelungen für gebietsübergreifende und interne	
Sachverhalte .....	211
b) Harmonisierung im kaufmännischen Rechtsverkehr .....	213
3. Vereinheitlichung des Registerrechts .....	214
4. Kausalprinzip und Kreditsicherungsrechte .....	216
5. Kontrolle der Übersicherung .....	217
IV. Ausblick .....	218
Literaturverzeichnis .....	220
Register .....	238



## Abkürzungsverzeichnis

ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADC	Anuario de Derecho civil
ARCL	Aranzadi Repertorio Cronológico de Legislación
ARJ	Aranzadi Repertorio de Jurisprudencia
BJC	Boletín Jurisprudencia Constitucional
BOE	Boletín Oficial del Estado
BOCAIB	Boletín Oficial de Canarias y las Islas Baleares
BOPV	Boletín Oficial del País Vasco
Cap.	Cápítulo
Cc	Código civil (Zivilgesetzbuch). Real Decreto de 6 de octubre 1888 (Gaceta de 8 de octubre)
Ccom	Código de Comercio (Handelsgesetzbuch). Real Decreto de 22 de agosto de 1885 (Gaceta núms. 289 a 328, de 16 de octubre a 24 de noviembre)
CCJC	Cuadernas Civitas de Jurisprudencia civil
CE	Constitución Española (Spanische Verfassung) de 27 de diciembre 1978 (BOE núm. 311, de 29 de diciembre)
CompA	Ley 3/1985, de 21 de mayo (BOE núm. 161, de 6 de julio) sobre la Compilación del Derecho civil de Aragón
CompB	Ley 8/1990, de 28 de junio (BOCAIB núm. 86, de 17 de julio 1990) sobre la Compilación del Derecho Civil de Baleares.
CompC	Decreto Legislativo 1/1984, de 19 de julio, por el que se aprueba el texto refundido de la Compilación de Cataluña (DOGC núm. 456, de 27 de julio 1984)
CompG	Ley 7/1987, de 10 de noviembre, sobre la Compilación del Derecho Civil de Galicia (BOE núm. 33, de 8 de febrero 1988)
CompN	Ley 1/1973, de 1 de marzo (BOE núms. 57 a 63, de 7 a 10 y 12 a 14 de marzo), por la que se aprueba la Compilación de Derecho Civil Foral de Navarra
CompPV	Ley 3/1992, de 1 de julio (BOE núm. 153, de 7 de agosto), de Derecho Civil Foral del País Vasco
DGRN	Dirección General de los Registros
DOGCn	Documentos Oficiales de la Generalidad de Catalunya
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 in der Fassung des Vertrags von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 (ABIEG 1997 C 340, S. 1 = BR-Dr. 784/97).
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FS	Festschrift
FJ°	Fundamento Jurídico
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
JZ	Juristenzeitung
LAR	Ley de Arrendamientos Rústicos. Ley 83/1980, de 31 de diciembre (BOE núm. 26, de 30 de enero 1981)

LAU	Ley 29/1994 de Arrendamientos Urbanos vom 24. November (BOE núm. 282 de 25 de noviembre 1994)
LC	Ley 6/1990, de 16 de marzo, de los Censos (DOGC núm. 1273, de 28 de marzo 1990)
LCC	Ley de Crédito al Consumo (Verbrauchercreditgesetz) Ley 7/1995, de 23 de marzo (BOE núm. 72, de 25 de marzo)
LEC	Ley de Enjuicamiento Civil (Zivilprozessordnung) Real Decreto 3 de febrero 1881 (Gaceta núms. 36 a 53, de 5 a 22 de febrero)
LGPCM	Ley 22/1991, de 29 de noviembre, de Garantías Posesorias sobre Cosa Mueble (DOGC núm. 1530, de 16 de diciembre 1991)
LGDCU	Ley General para la Defensa de los Consumidores y Usurarios (Verbraucherschutzgesetz). Ley 26/1984, de 19 de julio (BOE núm. 176, de 24 de julio)
LH	Ley Hipotecaria (Hypothekengesetz). Ley de 8 de febrero de 1946 (BOE núm. 58, de 27 de febrero)
LHMPSD	Ley de Hipoteca Mobiliaria y Prenda sin desplazamiento. Ley de 16 de diciembre (BOE núm. 352, de 18 de diciembre)
LOPJ	Ley Orgánica del Poder Judicial (Gerichtsverfassungsgesetz). Ley Orgánica 6/1985, de 1 de julio (BOE núm. 157, de 2 de julio)
LVP	Ley de Venta a Plazos (Abzahlungsgesetz). Ley 28/1998, de 13 de julio (BOE Nr. 167 vom 14. Juli 1998)
LU	Ley de Usura (Wucherschutzgesetz). Ley de 23 de julio de 1908 (Gaceta de 24 de julio), sobre nulidad de los contratos de préstamos usurarios
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RCDI	Revista Crítica de Derecho Inmobiliario
RDP	Revista de Derecho Privado
REDI	Revista Española de Derecho Internacional
RG	Reichsgericht
RGD	Revista General de Derecho
RH	Reglamento Hipotecario. Decreto de 14 de febrero de 1947 (BOE núm. 106, de 16 de abril)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJC	Revista Jurídica de Cataluña
RJN	Revista Jurídica de Navarra
SAT	Sentencia Audiencia Territorial
SSTC	Sentencias del Tribunal Constitucional
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional
STS	Sentencia del Tribunal Supremo
STSJC	Sentencia del Tribunal Superior de Justicia de Catalunya
STSJN	Sentencia del Tribunal Superior de Justicia de Navarra
TS	Tribunal Supremo
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

# Einleitung

## Harmonisierung im Realkreditsicherungsrecht

In der europäischen Rechtsdiskussion wird statt Diversifizierung zunehmend die Notwendigkeit einer Angleichung und Vereinheitlichung des Zivilrechts in den Vordergrund gerückt und bereits die Einführung eines gesamteuropäischen Privatrechts gefordert<sup>1</sup>. In Spanien ist dagegen die Rechtsspaltung im Bereich des Zivilrechts noch heute prägendes Merkmal der Rechtsordnung. Innerhalb der spanischen Mehrrechtsordnung verfügen einige Teilrechtsordnungen, wie das Baskenland, Galizien, Katalonien und Navarra, über eigene zivilrechtliche Kodifikationen, die im Rahmen der geltenden Verfassung vorrangig vor dem gesamtspanischen Zivilrecht anzuwenden sind. Im restlichen Staatsgebiet gilt ausschließlich der gesamtspanische *Código civil*. Neben dem Familien- und Erbrecht sind vor allem Institute des Realkreditsicherungsrechts Gegenstand einer vom gesamtspanischen Recht abweichenden Regelung. Das Gesetzbuch Navarras ist die einzige umfassende Kodifikation des partikularen Zivilrechts. Die anderen partikularen Kodifikationen regeln Ausschnitte des Zivilrechts, enthalten aber kein systematisches Gesamtkonzept eines Zivilgesetzbuchs. Teilweise überschneiden sich die Regelungen der Kompilationen mit denen des gesamtspanischen *Código civil* und treten an deren Stelle, teilweise handelt es sich um Rechtsinstitute, zu denen der *Código civil* kein Pendant vorsieht.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den Grundlagen des Realkreditsicherungsrechts in der gesamtspanischen Rechtsordnung und den Teilrechtsordnungen Kataloniens und Navarras. Mit Katalonien und Navarra wurden für die Untersuchung zwei Teilrechtsordnungen ausgewählt, die Institute des Kreditsicherungsrechts abweichend vom gesamtspanischen Recht kodifiziert haben und beide über einen relativ hohen Industrialisierungsgrad verfügen. Da sich die Regelungen des Mobiliarsachenrechts eng an die

---

<sup>1</sup> Beschluss des Europäischen Parlaments vom 26. Mai 1989, *RabelsZ* 56 (1992) 320 f. und *ZEuP* 1993, 613 ff. sowie den zweiten Beschluss vom 6. Mai 1994, *ZEuP* 1995, 669; *Taupitz*, Privatrechts- oder Kollisionsrechtsvereinheitlichung in Europa, 1994, S. 28; *Tilmann*, in: Müller-Graff (Hrsg.), *Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft*, 1993, S. 485 ff.; vgl. auch *Kieninger/Leible*, Plädoyer für einen „Europäischen wissenschaftlichen Ausschuß für Privatrecht“, *EuZW* 1999, 37 ff.; a.A. *Blaurock*, Wege zur Rechtseinheit im Zivilrechts Europa, in: Starck (Hrsg.), *Rechtsvereinheitlichung durch Gesetze*, Göttingen 1992, S. 93.



Regelungen des Grundstücksrechts anlehnen, werden die Immobiliarkreditsicherungsrechte in die Darstellung einbezogen. Das Verständnis und die Ausgestaltung der dinglichen Sicherungsrechte beruht entscheidend auf den sachenrechtlichen Vorgaben, so dass auch die Voraussetzungen für den Erwerb dinglicher Rechte und die Funktionsweise der existierenden Erwerbsvorrechte dargestellt werden. Wegen der Verzahnung der Kreditsicherungsproblematik mit sachen-, insolvenz- und zwangsvollstreckungsrechtlichen Regelungen zeigt die Arbeit insoweit gegenseitige Abhängigkeiten und Bezugnahmen innerhalb der teils vereinheitlichten, teils gespaltenen Mehrrechtsordnung auf. Die Kreditsicherungsrechte werden unter Berücksichtigung ihrer besonderen Zulässigkeitsprobleme, der Übersicherungsproblematik und der insolvenzrechtlichen Behandlung dargestellt.

Im Anschluss werden die Grundlagen und zentralen Prinzipien des Realkreditsicherungsrechts in der spanischen Mehrrechtsordnung herausgearbeitet und auf ihre Rechtfertigung hin untersucht. Anhand der jeweiligen Defizite und Entwicklungstendenzen soll die Funktionsweise des Miteinanders unterschiedlicher Regelungskonzepte in einer Mehrrechtsordnung analysiert werden. Die Erfahrungen in der spanischen Mehrrechtsordnung werden schließlich auf ihre Übertragbarkeit auf europäische Harmonisierungsansätze untersucht und in einen einheitlichen gesamteuropäischen Zusammenhang gerückt. Der Begriff der ‚europäischen Rechtsharmonisierung‘ umfasst hier sowohl die von den nationalen Rechtsordnungen ausgehende Vereinheitlichung als auch die Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene in Form des Gemeinschaftsprivatrechts und des Konventionsprivatrechts.

Angesichts der tatsächlichen und rechtlichen Hindernisse einer Harmonisierung auf EU-Ebene werden Fortschritte bei der Erarbeitung gemeinsamer Prinzipien und Vorgaben für die schrittweise Angleichung<sup>2</sup> im Rahmen von nationalen Reformvorhaben ungleich bedeutsamer. Das Realkreditsicherungsrecht ist ein Bereich, in dem auf europäischer Ebene bislang kaum Harmonisierungsfortschritte erzielt werden konnten, weil sich die Unterschiede zwischen den nationalen Rechtsordnungen als unüberbrückbar erwiesen haben. Eine materiell-rechtliche Angleichung wird jedoch weithin für unverzichtbar gehalten.<sup>3</sup> Der Übergang von interner zu

---

<sup>2</sup> Vgl. für das Schuldrecht die Principles of European Contract Law (PECL) und UNIDROIT Principles for International Commercial Contracts, abgedruckt in: Hartkamp (Hrsg.), *Towards a European Civil Code*, S. 405 ff. und 417 ff.

<sup>3</sup> *Goode*, *A credit law for Europe?*, ICLQ 23 (1974), 227 (290); *Kieninger*, *Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt*, 1996, S. 231; *Kreuzer*, *Europäisches Mobiliarsicherungsrecht*, *Mélanges Overbeck*, Fribourg 1990, 613 (633); *Leible*, *Besitzlose Mobiliarsicherheiten in der Europäischen Union*, in: *Europäische Integration - Schon eine „Union des*

internationaler Rechtsvereinheitlichung bedeutet insofern nur einen Unterschied im Grad, nicht im Wesen<sup>4</sup>.

Viele europäische Staaten sind dabei, ihr Insolvenzrecht zu modernisieren und haben selbst noch in jüngerer Zeit sachenrechtliche Regelungen modifiziert, ohne dass diese Änderungen zu einer Angleichung der europäischen Rechtsordnungen genutzt werden konnten. Für die spanische Rechtsordnung sind Vorgaben für eine schrittweise Angleichung von großer Bedeutung, weil der Grad dogmatischer Ausdifferenzierung vergleichsweise gering und damit die für fortgeschrittene Rechtsordnungen typischen Beharrungstendenzen weniger stark ausgeprägt sind. Im Zuge der fortschreitenden Privatrechtsharmonisierung kann sich die Rechtsvergleichung eben nicht allein auf die Identifikation der inhaltlich besten Lösung eines bestimmten Rechts beschränken, sondern muss für sämtliche betroffenen Rechtsordnungen einen Weg zur Angleichung aufzeigen.<sup>5</sup>

---

Rechts“ ?, 1996, S. 127; *Sánchez Lorenzo*, *Garantías reales en el comercio internacional*, Madrid 1993, S. 257, 264 f.

<sup>4</sup> *Kegel*, in: *Angleichung des Rechts der Wirtschaft in Europa*, S. 40.

<sup>5</sup> Vgl. *Kötz*, *Gemeineuropäisches Zivilrecht*, in: *FS Zweigert* (1981), S. 481 (498).



# Kapitel 1

## Partikularismus im Zivilrecht

### *I. Historische Bedingtheit des rechtlichen Partikularismus*

Der rechtliche Partikularismus im Bereich des Zivilrechts hat in Spanien eine lange Tradition und wird als ‚Foralrechtsproblematik‘ bezeichnet. Foralrechte sind die in einigen Provinzen und Gebieten Spaniens in Gestalt partikularen Rechts fortgeltenden Rechtsordnungen und Vorschriften, die nicht durch gesamtspanisches zwingendes Recht außer Kraft gesetzt wurden und mit Vorrang vor dem Código civil oder in Kraft gebliebenen Subsidiärrechten anzuwenden sind.<sup>1</sup> Der Begriff des Foralrechts ist seit seiner Entstehung einem ständigen Bedeutungswandel unterworfen gewesen.<sup>2</sup> Sein heutiges Verständnis wird wesentlich durch die Verfassung geprägt. Da es das Foralrecht als homogene Rechtsquelle nicht gibt, spricht man besser von den einzelnen Foralrechten<sup>3</sup> oder generell von partikularem Recht.

Der Ausdruck *foral* geht auf den Begriff der *fueros* zurück.<sup>4</sup> Mit *fuero* wurden im Verlaufe der Geschichte eine Vielzahl unterschiedlicher rechtlicher Phänomene bezeichnet. Die Bedeutung des Ausdrucks reicht von den Gesetzbüchern einer Stadt, über die eigene Gerichtsbarkeit, die Anwendung der richtigen Rechtsregel, die Anwendung bestimmter Ausnahmenvorschriften zugunsten einer Provinz, Stadt oder Person bis hin zur besonderen Rechtsstellung eines Gebietes in administrativer oder politischer Hinsicht.<sup>5</sup>

Der rechtliche Partikularismus Spaniens entstand im Zuge der *Reconquista*, der nach dem Einfall der Araber von verschiedenen Punkten ausgehenden Wiedereroberung des spanischen Territoriums.<sup>6</sup> Die *Reconquista*

---

<sup>1</sup> Vgl. STS vom 8. Juni 1904; *Arechederra Aranzadi*, El Derecho Civil foral en la Constitución y en el Amejoramiento del Fuero, Madrid 1991, S. 119; *Hierneis*, Das besondere Erbrecht der sogenannten Foralrechtsgebiete Spaniens, Tübingen 1966, S. 2 f.

<sup>2</sup> Vgl. *de Castro y Bravo*, Derecho civil de España, Madrid 1984, S. 213 ff.; *Arce Janariz*, Constitución y derechos civiles forales, Madrid 1987, S. 27.

<sup>3</sup> *de Castro y Bravo*, Derecho civil de España, 1984, S. 245; *Hierneis*, a.a.O., S. 2.

<sup>4</sup> *Arce Janariz*, Constitución, S. 27; *Hierneis*, a.a.O., S. 4; *Salinas Quijada*, Derecho civil de Navarra, Pamplona 1983, S. 19.

<sup>5</sup> *de Castro y Bravo*, Derecho civil de España, Madrid 1984, S. 211; *Hierneis*, a.a.O., S. 4 ff.

<sup>6</sup> *Rauchhaupt*, Geschichte der spanischen Gesetzesquellen, 1923, S. 141.

erfolgte schrittweise von Norden nach Süden und ließ verschiedene Königreiche entstehen. Die Königreiche Kastilien und Aragon breiteten sich schließlich durch Eingliederung bzw. Beitritt umliegender Territorien weiter aus. Je nachdem, ob im Zuge der Wiedereroberung den Gebieten allein Sonderrechte oder Privilegien zuerkannt wurden, um sie an das Reich zu binden, oder ob diese Gebiete eine eigene Gesetzgebung behielten, unterschied man *fueros municipales* bzw. *locales* und *fueros provinciales*.<sup>7</sup> Die in Katalonien und in Navarra existierenden *Fueros* gehörten zum Typ der provinziellen *Fueros*.<sup>8</sup> Die Gebiete des heutigen Kataloniens, der Balearen und Valencias wurden mit der Krone von Aragón vereinigt, ihre eigenständigen Rechtsordnungen wurden aber nicht angetastet. Auch Navarra blieb trotz der Eingliederung in die Krone Kastiliens zunächst seine staatsrechtliche Eigenständigkeit erhalten.

Durch Heirat wurde im 15. Jahrhundert die politische Union zwischen den Reichen Kastiliens und Aragons besiegelt.<sup>9</sup> Erst mit dem Verbotsdekret Philipps des V. wurden 1707 die partikularrechtlichen Besonderheiten mit Ausnahme derjenigen Navarras und der baskischen Provinzen außer Kraft gesetzt und die Rechtseinheit im spanischen Königreich hergestellt.<sup>10</sup> Die sog. *Nueva Recopilación* und die *Partidas* wurden für das gesamte Staatsgebiet in Kraft gesetzt. Im Zuge der *Decretos de la Nueva Planta*<sup>11</sup> wurden allerdings kurze Zeit später die besonderen zivilrechtlichen Institute Aragons, der Balearen und Kataloniens wieder anerkannt. Eine gesetzgeberische Weiterentwicklung dieser Institute war nicht möglich, weil die Regionen über keine eigenen gesetzgebenden Körperschaften mehr verfügten. Das Foralrecht versteinerte. Zu dieser Zeit erlangte der Begriff des ‚Foralrechts‘ seine Bedeutung im modernen Sinne<sup>12</sup> und bezeichnet seitdem die vom gesamtspanischen Recht abweichenden Privatrechte bestimmter Landesteile<sup>13</sup>.

<sup>7</sup> Celaya Ibarra, *Derecho Civil Vasco*, Bilbao 1993, S. 20.

<sup>8</sup> Elizalde y Aymerich, *El derecho civil en los Estatutos de Autonomía*, ADC 1984, 389, 416.

<sup>9</sup> Hierneis, a.a.O., S. 12 ff.

<sup>10</sup> Dekret vom 29. Juni 1707; zum Streit über die Derogation auch der Ergänzungsrechte, insbesondere des römischen und kanonischen Rechts, durch das Verbotsdekret, vgl. Lacruz Berdejo, *Elementos de Derecho civil*, Bd. 1, Barcelona 1988, § 7.32, S. 91.

<sup>11</sup> Dekret vom 3. April 1711 für Aragon, Dekret vom 29. November 1715 für Katalonien, Dekret vom 16. Januar 1716 für die Balearen.

<sup>12</sup> Im königlichen Dekret vom 23.9.1857 über die Schaffung eines Lehrstuhls an allen Rechtsfakultäten für „Geschichte und Institute des gemeinen und foralen, spanischen bürgerlichen Recht“ fand der Begriff Eingang in die Rechtssprache; vgl. Celaya Ibarra, *Derecho Civil Vasco*, Bilbao 1993, S. 20; *De Castro y Bravo*, *Derecho civil de España*, Madrid 1984, S. 211.

<sup>13</sup> *Castan Tobeñas*, *Derecho civil Español, Común y Foral*, Tomo I.1, 12. Auflage, Madrid 1988, S. 181; Celaya Ibarra, *Derecho Civil Vasco*, Bilbao 1993, S. 20.

Navarra verlor seine legislative Selbständigkeit im Zuge der Karlistenkriege<sup>14</sup>, nachdem es gegen die Monarchie und für die Karlisten Partei ergriffen hatte.<sup>15</sup> Mit der sog. *Ley Paccionada*<sup>16</sup> wurden aber 1841 seine *Fueros*, d.h. bestimmte Privilegien und abweichende rechtliche Regelungen, gesetzlich anerkannt. Seit dieser Zeit spricht man von der foralen Gemeinschaft Navarra. Der Begriff *foral* wird insbesondere in Navarra im öffentlichen Recht und im Privatrecht als Ausdruck der besonderen historischen Eigenständigkeit Navarras verwendet.<sup>17</sup>

Das Bestreben, Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge der europäischen Kodifikationsbewegung die bestehenden lokalrechtlichen Gesetze und Gewohnheiten außer Kraft zu setzen und die Rechtseinheit auf dem Gebiet des Privatrechts herzustellen, scheiterte am Widerstand der Foralrechtsgebiete. Aus wirtschaftlich wie politisch heterogenen Motiven widersetzten sich vor allem die katalanischen Vertreter der Einführung der liberalen Regelungen des *Código civil*. Man sah die Unternehmens- und Gesellschaftsstruktur und damit die Grundlage für den Wohlstand des Landes durch die gesamtspanischen Neuregelungen des Familien- und Erbrechts gefährdet.<sup>18</sup> Die Foralidee wurde politisch instrumentalisiert, um regionale, autonome und separatistische Bewegungen zu unterstützen. Die betroffenen Regionen einigten sich schließlich, die Geltung der foralrechtlichen Regelungen nicht anzutasten und sie als Anhang zu dem 1889 verabschiedeten *Código civil* zu kodifizieren. Tatsächlich erstellte nur Aragon einen derartigen Anhang.<sup>19</sup>

Nach den Vereinheitlichungsbestrebungen der Verfassungen des 19. Jahrhunderts leitete die republikanische Verfassung Spaniens von 1931 eine gegenläufige Entwicklung ein. Das Baskenland und Katalonien, die über eine ausgeprägte Autonomietradition verfügten, erhielten eigene gesetzgebende Körperschaften. Diesen sogenannten privilegierten Regionen

---

<sup>14</sup> Erster Karlistenkrieg: 1833-1839; Zweiter Karlistenkrieg 1846-1849; Dritter Karlistenkrieg 1872-1876, die sich aus dem Streit um die rechtmäßige Nachfolge Ferdinand des VII. von Spanien entwickelten.

<sup>15</sup> *de Castro y Bravo*, *Derecho civil de España*, Cap.III, II.6, S. 232 f.

<sup>16</sup> vom 16. August 1841.

<sup>17</sup> Vgl. Art. 1° des Autonomiestatuts von Navarra, *Ley Orgánica de Reintegración y Amejoramiento del Régimen Foral de Navarra (LORAFNA)*; *Asiain Ayala*, *La Constitución y el regimen foral de Navarra*, RJN 1986, 13 ff. und *Salinas Quijada*, *Derecho civil de Navarra*, Pamplona 1983, S. 24; einen derart weiten Begriff der Foralität legen auch *Meilán Gil/Rodríguez-Arana*, ADC 1989, 19, 26 zugrunde.

<sup>18</sup> *Lalaguna Domínguez*, in: Albaladejo, *Comentarios*, Tomo I, Madrid 1978, Art. 13, S. 474; *López Jacoste*, *Constitucionalismo y Codificación*, in: *Lecturas sobre la Constitución española*, Vol. 2, Madrid 1978, 581 (591); zur Entstehungsgeschichte de *Código civil*: *Lacruz Berdejo*, *Elementos de Derecho civil*, Vol. I, 3. Auflage, Barcelona 1988, § 6.27, S. 77 ff.

<sup>19</sup> Real Decreto-Ley vom 7. September 1925; vgl. *de Castro y Bravo*, *Derecho civil de España*, Madrid 1984, Cap. III, IV.2, S. 275.

gewährte die Verfassung gleichzeitig eine allgemeine Gesetzgebungszuständigkeit für das Zivilrecht.<sup>20</sup> Andere Regionen konnten von dieser Zuständigkeit mangels gesetzgebender Körperschaften keinen Gebrauch machen.

Zu einer einheitlichen Bewegung mit demokratischer Zielsetzung wurde die Foralidee, als die regionalen Autonomiebestrebungen sich unter der Diktatur Francos zu Gegenkräften der zentralistischen Staatsführung entwickelten.<sup>21</sup> Auf dem Zivilrechtskongress von 1946 kamen die Vertreter der Regionen überein, als ersten Schritt zu einer weitergehenden Vereinheitlichung die erhaltenswerten foralrechtlichen Regelungen jeder Region in einem jeweils eigenen Gesetzbuch zu kodifizieren. Aufgrund der nur ausschnittshaften Regelung bestimmter Institute nannte man diese Zusammenstellungen Kompilationen und nicht Zivilgesetzbücher. Im Jahre 1959 wurden die Kompilation Vizcayas<sup>22</sup>, 1960 die Kataloniens<sup>23</sup>, 1961 die der Balearen<sup>24</sup>, 1963 die Galiziens<sup>25</sup>, 1967 die Aragons<sup>26</sup> und zuletzt 1973 die Navarras<sup>27</sup> verabschiedet.

Die Reform des Einführungstitels im Código civil Anfang der siebziger Jahre<sup>28</sup> bildete eine weitere Etappe auf dem Weg zur Gleichstellung von gesamtspanischem Recht und den Foralrechten.<sup>29</sup> Lediglich die Wirkung und Anwendung der Gesetze sowie die Formen der Eheschließung sind danach noch einer staatlichen Regelung vorbehalten.

<sup>20</sup> *Tomás y Valiente*, Manual de Historia de Derecho Español, 4. Auflage, 1990, S. 581.

<sup>21</sup> *de Castro y Bravo*, Derecho civil de España, Madrid 1984, Cap. III, II.4, S. 221 f.; *Puig Ferriol/ Roca i Trias*, Fundamentos, Tomo I, 2. Auflage, Barcelona 1984, Cap.II.6, S. 64.

<sup>22</sup> Gesetz 42/1959 vom 30. Juli (BOE vom 31. Juli), Kompilation Vizcayas und Alavas, geändert durch Gesetz 3/1992 vom 1. Juli (BOPV vom 7. August 1992).

<sup>23</sup> Gesetz vom 21. Juli 1960; heute ersetzt durch Gesetzesdekret 1/1984 vom 19. Juli (DOGC Nr. 456 vom 23. März 1984 berichtigt in DOGC Nr. 494 vom 14. Dezember), in Ausführung des Gesetzes 13/1984 vom 20. März.

<sup>24</sup> Gesetz vom 19. April 1961; heute ersetzt durch Gesetz 8/1990 vom 28. Juni (BOCAIB Nr. 86 vom 17. Juli 1990) und Gesetzesdekret 79/1990 vom 6. September (BOCAIB Nr. 120 vom 2. Oktober 1990).

<sup>25</sup> Gesetz 147/1963 vom 2. Dezember, (BOE Nr. 291 vom 5. Dezember 1963), geändert durch Gesetz 7/1987 vom 10. November (BOE Nr. 33 vom 8. Februar 1988).

<sup>26</sup> Gesetz 15/1967 vom 8. April (BOE vom 11. April), geändert durch Gesetz 3/1985 vom 21. Mai.

<sup>27</sup> Gesetz 1/1973 vom 1. März (BOE Nr. 57-63 vom 7.-19. und 12.-14. März 1973, berichtigt in BOE Nr. 129 vom 30. Mai 1974), geändert durch Foralgesetz 5/1987 vom 1. April (BOE Nr. 41 vom 6. April 1987).

<sup>28</sup> Ley 3/1973 vom 17. März und Real Decreto 1836/1974 vom 31. Mai (BOE Nr. 163 vom 9. Juli).

<sup>29</sup> *Lalaguna Dominguez*, in: Albaladejo, Comentarios, Tomo I, Madrid 1978, Art. 13, 451 (473).

## II. Stellung der Autonomen Gemeinschaften in der Verfassung von 1978

Ihren Höhepunkt hat die Anerkennung der Foralrechte in der heute geltenden Verfassung Spaniens gefunden, die ehemals zwischen den einzelnen Foralrechtsgebieten bestehende Unterschiede in der staatsrechtlichen Selbstständigkeit nivelliert hat. Mit der Verfassung von 1978 wurde der spanische Regionalstaat konstituiert. Das Staatsgebiet wurde in insgesamt 19 Autonome Gemeinschaften (einschließlich der Autonomen Städte Ceuta und Melilla in Nordafrika) aufgeteilt, die eigene gesetzgebende Körperschaften erhielten. Jede der Autonomen Gemeinschaft besteht aus einer oder mehreren der insgesamt 50 Provinzen, die rechtlich selbständige organisatorische Untereinheiten bilden. Provinzen mit historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten eröffnete die Verfassung die Möglichkeit, über die Konstituierung als Autonome Gemeinschaft selbst zu entscheiden.<sup>30</sup> Zu diesen sog. privilegierten Autonomen Gemeinschaften zählten das Baskenland, Galizien, Katalonien und Navarra. Die restlichen, durch staatliches Gesetz gegründeten Autonomen Gemeinschaften konnten erst nach Ablauf einer Übergangsphase von fünf Jahren sämtliche nach der Verfassung verfügbaren Zuständigkeiten in Anspruch nehmen.<sup>31</sup> Die Provinzen sind nach Bildung der Autonomen Gemeinschaften als Gebietseinheiten bestehen geblieben. Das Gebiet der ehemaligen Foralrechtsgebiete Navarra und Katalonien deckt sich mit dem der gleichnamigen Autonomen Gemeinschaften.

Die Verfassung hat die staatsorganisationsrechtliche Struktur des ‚Staates der Autonomien‘ nur in groben Zügen vorgegeben. Die Einordnung in die klassischen Kategorien des Einheits- oder Bundesstaates ist nach wie vor offen.<sup>32</sup> Aufgrund der unterschiedlich ausgestalteten Autonomietraditionen, Autonomieansprüche und institutionellen Möglichkeiten der Selbstverwaltung bildet das von der Verfassung vorgegebene Staatsmodell einen

---

<sup>30</sup> Art. 143 CE.

<sup>31</sup> Art. 144 CE.

<sup>32</sup> Für die Qualifikation als Regionalstaat: *Ferrando Badia*, *El Estado unitario, el federal y el Estado autonómico*, Madrid 1986, S. 254 ff.; *Parada*, *Derecho Administrativo*, Vol. II, 11. Auflage, Madrid 1997, S. 148; nach *Muñoz Machado*, *Las potestades legislativas de las comunidades autónomas*, Madrid 1981, S. 23 „eine Mischung aus föderalen, regionalen und einheitsstaatlichen Elementen“; nach Ansicht von *Sánchez Agesta*, *El sistema político de la Constitución Española de 1978*, Madrid 1980, S. 344 und *García de Enterría/ Fernández*, *Curso de Derecho Administrativo*, Vol. I, 8. Auflage, Madrid 1997, S. 279, 288, kann der spanische Staat in seiner jetzigen Form noch nicht als Bundesstaat bezeichnet werden; das Verfassungsgericht hat zur Klärung wenig beigetragen und die begriffliche Vielfalt um den Begriff des „zusammengesetzten Staates“ bereichert, vgl. STC 35/1982 vom 14. Juni 1982, BJC 15 (1982), 532 (536) und „estado complejo“ STC 119/1992 vom 18. September 1992, BJC 138 (1992), 11 (16).



vagen Kompromiss gegensätzlicher Positionen. Die verfassungsrechtliche Stellung der Autonomen Gemeinschaften bleibt hinter der von Gliedstaaten in einem Bundesstaat zurück. Im Unterschied zu den Gebietseinheiten innerhalb der Autonomen Gemeinschaften, den Provinzen und Gemeinden, wird den Autonomen Gemeinschaften aber eine gewisse verfassungsrechtliche Relevanz zuerkannt.<sup>33</sup> Die von ihnen erlassenen Autonomiestatute bilden zusammen mit der Verfassung den sog. *bloque de constitucionalidad*.<sup>34</sup> Anders als Gliedstaaten eines Bundesstaates verfügen sie aber über keine eigene, gegenüber dem Zentralstaat autonome Staatsgewalt. Die Autonomen Gemeinschaften nehmen nur in eingeschränktem Umfang an der gesamtstaatlichen Gesetzgebung teil und besitzen keine eigene Verfassungsgerichtsbarkeit. Die zweite Kammer der gesamtstaatlichen Legislative ist keine territoriale Vertretung im strengen Sinne, weil nicht die Autonomen Gemeinschaften, sondern die Provinzen die Hauptzahl der Senatoren stellen.<sup>35</sup> Alle Gerichte im spanischen Staat sind gesamtstaatliche Gerichte.<sup>36</sup> Auch im Bereich der Steuer- und Finanzhoheit kommt die fehlende Eigenstaatlichkeit der Autonomen Gemeinschaften zum Ausdruck. Das existierende Finanzausgleichssystem zeichnet sich durch eine hohe finanzielle Abhängigkeit der Autonomen Gemeinschaften und ein Missverhältnis zwischen Ausgaben- und Einnahmenbefugnissen aus.<sup>37</sup> Allerdings verfügen Navarra und das Baskenland aufgrund historischer Privilegien<sup>38</sup> über die Steuerhoheit im Bereich der wichtigsten Steuern<sup>39</sup> und beteiligen sich nur über eine Umlage am staatlichen Steuersystem. In ähnlicher Weise nimmt auch Katalonien immer stärker ein Steuererfindungs- und -erhebungsrecht für sich in Anspruch und löst sich von dem auf Beteiligungs- und Zweckzuweisungen basierenden gesamtstaatlichen Steuersystem.

---

<sup>33</sup> Busch, *Autonomie und Föderalismus*, Pfaffenweiler 1987, S. 157; García de Enterría/Fernández, *Curso de Derecho Administrativo*, Vol. I, 8. Auflage 1997, S. 274; Michel, *Regionen, Mitgliedstaaten und Europäische Union*, Berlin 1996, S. 73.

<sup>34</sup> García de Enterría/Fernández, *Curso de Derecho Administrativo*, Vol. I, Madrid 1997, S. 285.

<sup>35</sup> Vgl. Art. 62 CE; Parada, *Derecho Administrativo*, Vol. II, 11. Auflage, Madrid 1997, S. 175.

<sup>36</sup> González Casanova, *El marco constitucional*, 7 (11); SSTC 56/1990 vom 29. März, BJC 109 (1990), 5 (46 ff.) und 62/1990 vom 30. März, BJC 109 (1990), 63 (79 ff.) sowie 114/1994 vom 14. April, BJC 157 (1994), 5 (15).

<sup>37</sup> Rigall Jiménez, *Die Reform des spanischen Finanzausgleichs*, Frankfurt a.M. 1996, S. 156 ff., 242.

<sup>38</sup> Sog. „*convenio*“ vom 16.8.1841 in Navarra und sog. „*concierto*“ vom 28.2.1878 im Baskenland.

<sup>39</sup> Sog. konzedierte Steuern, zu denen die Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer zählen.

Die genaue Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gesamtstaat und Autonomen Gemeinschaften ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Autonomiestatut und Verfassung.<sup>40</sup> Die Kompetenzen sind in der Verfassung kasuistisch nach Materien zwischen Staat und Autonomen Gemeinschaften aufgeteilt, ohne dass zwischen Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeit unterschieden wird. Es existiert keine allgemeine Vermutung zugunsten einer Ausführungskompetenz der Autonomen Gemeinschaften für nicht ausdrücklich zugewiesene Materien, die auf einer abstrakt - funktionalen Interessenbewertung beruht.<sup>41</sup> Die gesetzgebende Aktivität ist abgesehen von den explizit zugewiesenen Materien allein den allgemeinen Prinzipien der staatlichen Einheit, der Solidarität, der Gleichheit aller Spanier und dem freien Personen- und Warenverkehr innerhalb Spaniens verpflichtet.<sup>42</sup>

Neben der fehlenden Präzision des Verfassungstextes hat insbesondere der Mangel an objektiven Abgrenzungskriterien dazu geführt, dass Normenkontrollverfahren und Anträge wegen Kompetenzkonflikten vor dem Verfassungsgericht in Spanien einen Umfang erreicht haben, der seinesgleichen sucht.<sup>43</sup> Die schwache verfassungsrechtliche Stellung erklärt die Bedeutung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeitszuweisungen für die Autonomen Gemeinschaften.

### *III. Zuständigkeit der Autonomen Gemeinschaften im Bereich der foralen oder speziellen Zivilrechte*

Die Entwicklung des partikularen Zivilrechts hat sich an den verfassungsrechtlichen Vorgaben auszurichten. Der Streit darüber, ob die Verfassung überhaupt als Maßstab für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der vorkonstitutionellen Kompilationen herangezogen werden kann, ist mit deren Überführung in die autonome Rechtsordnung gegenstandslos geworden. Ende der 1980er bis Anfang der 90er Jahre haben sämtliche Autonome Gemeinschaften ihre unter dem einheitsstaatlich organisierten Regime Francos erlassenen Kompilationen als autonome Gesetze verab-

---

<sup>40</sup> STC 1/ 1982 vom 28. Januar, FJ 1°, BJC 10 (1982), S. 10 ff.; STC 88/ 1993, FJ 1b), BJC 144 (1993), 55 (62).

<sup>41</sup> Vgl. STC 104/ 1989 vom 8. Juni, BJC 99 (1989), 1197 (1202); vgl. zur Kompetenzverteilung auch *Michel*, Regionen, Mitgliedstaaten und Europäische Union, Berlin 1996, S. 70 ff.

<sup>42</sup> *Bastida/Varela/Requejo*, Derecho Constitucional, Vol. I, Barcelona 1992, S. 226.

<sup>43</sup> 1981-1987: 597 Verfahren wegen Kompetenzstreitigkeiten anhängig gemacht und 177 Urteile erlassen, vgl. *Viver Pi-Sunyer*, Die inhaltliche Bestimmung der Kompetenzmaterien, in: Willi Blümel (Hrsg.), Spezielle Aspekte der Autonomen Gemeinschaften in Spanien, 1992, 41 (45).